

Ossietsyky

Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Begründet 1997 von Eckart Spoo
Herausgegeben von Rainer Butenschön, Daniela Dahn,
Rolf Gössner und Ulla Jelpke

Daniela Dahn **Wider die Wahrheitskommission**
Georg Rammer **Brüssel liebt wieder Budapest**
Hartmut König **Ist da ein Vormärz?**
Georges Hallermayer **Sudan – Teile und herrsche**
P. Werner Lange **Zwei Gedenktage**
B. Trautvetter **Ohne Abrüstung kein Klimaschutz**
Arn Strohmeier **Antisemitismus als Kampfbegriff**

Klaus Nilius • Johannes Klotz • Frank Schumann
Helmut Ortner • Ewart Reder • Thomas Grossman
Christian Stappenbeck • Hans Buchhalter



10

29. Jahrgang · 16. Mai 2026

ISSN 1434-7474

€ 3,00

Der Berliner Journalist Hüseyin Dođru, Gründer von *red.media*, wurde am 20. Mai 2025, also vor nunmehr einem Jahr, vom Europäischen Rat für seine Berichterstattung über den palästinensischen Protest gegen den Krieg in Gaza mit Sanktionen belegt, obwohl er keine Straftat begangen und kein geltendes Recht gebrochen hat. Aber dieses Recht wird derzeit durch den sich als Wahrheitskommission gerierenden Europäischen Rat und seine willigen Vollstrecker in den Ländern vor unser aller Augen ausgehebelt. Der Europäische Rat hat darin offenbar uneingeschränkte Ermessensfreiheit.

Instanzen wie Anklage, rechtliches Gehör und Klageerwiderung durch Anwälte, Unschuldsvermutung, Verbot der Beweislastumkehr, begründetes Urteil und die Chance auf ein Berufungsverfahren – alles verzichtbar. Willkürliches, politisches Strafrecht wurde stattdessen eingeführt – ein Merkmal von Autokratien. Eine Willkür, die heute unter dem Deckmantel der Demokratie den Konformitätsdruck erhöht. Dabei verstößt sie sowohl gegen die EU-Grundrechtecharta, die Berufsfreiheit, Eigentumsrecht und Freizügigkeit garantiert, wie auch gegen das Grundgesetz. Und da nicht nur gegen die Unantastbarkeit der menschlichen Würde. In einem Rechtsstaat werden die Grenzen der Meinungsfreiheit ausschließlich durch demokratisch erlassene Gesetze bestimmt und eine Justiz, die sich an diese Gesetze hält.

Da EU-Sanktionen derzeit nur im Kontext mit unerlaubten Begünstigungen für Russland möglich sind, muss im großen Bogen ein solcher Zusammenhang konstruiert werden, um den eigentlichen Zweck zu erreichen: kulturelle Hegemonie über die verbreiteten Narrative und Einschüchterung aller, die es wagen, dagegenzuhalten. Der Schweizer Ex-UN- und Geheimdienstberater Jacques Baud gehört zu den bekannten Opfern, fast 60 weitere betroffene Autoren und 20 Organisationen eher nicht. Die Bestrafung Hüseyin Dođru erfolgt auf deutsche Initiative. Ihm wird unterstellt, »systematisch falsche Informationen über politisch kontroverse Themen zu verbreiten, mit der Absicht, unter seinem überwiegend deutschem Zielpublikum ethische, politische und religiöse Zwietracht zu säen«. Und diese Zwietracht sei im

Interesse Russlands. Im Umkehrschluss heißt das: Kontroverse Debatten zu sensiblen Themen sollten unterbleiben, denn die nutzen nur unserem Gegner, der zweifellos Russland ist. (Wegen solcher Denkakrobatik zur Verteidigung des Schweigens über eigene Probleme aus Vorsicht gegenüber den zu erwartenden Machenschaften des Gegners, habe ich mich 1980 aus dem DDR-Journalismus zurückgezogen.)

Hüseyin Dođru wehrt sich seit einem Jahr gegen den Vorwurf der »Informationsmanipulation«. Die Gutachten der ehemaligen Richterin am EGH Prof. Ninon Colneric und der Rechtswissenschaftlerin Prof. Alina Miron kommen zu dem Schluss, dass solche Begriffe so weit gefasst sind, dass sie dem Rat praktisch uneingeschränkte Ermessensfreiheit bei der Entscheidung über Sanktionen einräumen. So haben sich die Sanktionsgremien auch nicht die Mühe gemacht, ihren Vorwurf über angebliche Falschinformation auf Dođrus 2023 gegründeter website *red.media* mit auch nur einem Beispiel zu belegen. Falsch ist offenbar jede unerquickliche, lästige Wahrheit. Die Zielsetzung von *red.media* lautete: Man wolle progressiven, marginalisierten Menschen eine Stimme geben, die gegen Kapitalismus, Imperialismus und Rassismus kämpfen.

Um seine Mitarbeiter nicht zu gefährden, hat Hüseyin Dođru noch vor Verkündung von Sanktionen seinen Betrieb eingestellt. Doch das genügte nicht als Geste. Auf Grundlage von »nachrichtendienstlichen Erkenntnissen«, die von Natur aus keines Beweises bedürfen, wird *red.media* rückwirkend Nähe zu russischen Staatsmedien vorgeworfen. Dođru widersprach, wie auch Spekulationen, die Plattform sei gar von Russland bezahlt. Er habe früher, wie zahllose andere Freischaffende in aller Welt, gelegentliche für die legale russische Plattform *Redfish* Beiträge gemacht, das aber nach der russischen Invasion in die Ukraine eingestellt, weil er den Krieg zwischen zwei imperialen Blöcken nie unterstützt habe.

Auf seiner Seite berichtete der verfeimte Journalist stattdessen über Proteste von Palästinensern in Berlin, speziell von Studenten an der Humboldt-Universität. Dazu gehörten Live-Übertragungen, weshalb ihm Verbreitung von Hamas-Symbolen und -Narrativen vorgeworfen wurde. Er führte Interviews mit Vertretern palästinensischer Organisationen zu israelischen Kriegsverbrechen, die kein deutscher Abnehmer senden wollte. Seine Berichte richteten sich unbestritten gegen die Kriegsführung der israelischen Regierung in Gaza – gegen die immerhin eine Klage wegen Genozid vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorliegt.

Es geht um mehr als die Verteidigung von abweichenden Meinungen, es geht generell um die Verteidigung dissidentischer Medien. Aber Deutschland hat ein »Vertragsverletzungsverfahren« wegen mangelnder Pressefreiheit, wie es die EU etwa gegen den einstigen ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán verhängt hat, nicht zu befürchten.

Obwohl Hüseyin Dođru noch vor Bekanntgabe der Sanktionen den Betrieb seiner Plattform einstellte, wurden seine Konten gesperrt und ihm die Reisefreiheit innerhalb der EU verwehrt. Ihm werden für die ganze Familie mit drei Kleinkindern monatlich lediglich 506 Euro zum Leben gewährt. Minimale darüberhinausgehende humanitäre Leistungen müssen demütigend beantragt werden. Einen Anwalt zu bezahlen, wird nicht genehmigt. Wirtschaftliche oder gar journalistische Tätigkeit ist drastisch beschränkt. Die *junge Welt* wollte den Geschmähten einstellen, wurde aber von der Bundesbank informiert, dass dies »verbotene wirtschaftliche Beihilfe« wäre. Die Familie kann Kran-

kenversicherung und Miete nicht mehr bezahlen und lebt in Erwartung des Gerichtsvollziehers. Als nächstes halten die Eltern es nicht für ausgeschlossen, dass ihnen die Kinder weggenommen werden, »aufgrund einer Situation, die durch die Behörden selbst geschaffen wurden«. Die erwähnten Gutachten sprechen von »zivilrechtlichem Tod«.

Ein Eilantrag von Hüseyin Dođru, seine Bank Comdirekt möge die lebensnotwendigen Überweisungen zulassen, wurde vom Amtsgericht Frankfurt am Main zurückgewiesen. Er habe keinen durchsetzbaren »Anordnungsanspruch«. Die bedrohlichen Folgen lägen »in der Natur der Sache« von Sanktionen. Die Bank sei durch das deutsche »Sanktionsdurchsetzungsgesetz« an das EU-Sanktionsrecht gebunden. Wer im Sinne der EU-Charta die Familie solidarisch unterstützen will, wird kriminalisiert. Alle Bürger sind dazu verurteilt, derartige Praktiken wider den Rechtsstaat klaglos hinzunehmen und Solidarität zu unterlassen. Uns wird die Wiederbelebung des politischen Strafrechts zugemutet, gegen die niemand protestieren darf, ohne sich selbst strafbar zu machen.

Journalismus ist zum Sicherheitsrisiko geworden. Das ist mit dem Selbstverständnis eines demokratischen Rechtsstaates nicht mehr zu vereinbaren. Um ihn zu verteidigen und um seiner selbst willen nicht vor der Macht zu kapitulieren, kommt es jetzt darauf an, dass Journalisten sich nicht einschüchtern lassen und in ihrem Engagement von der Zivilgesellschaft unterstützt werden.

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Redaktion.

Thema: **Journalismus als Sicherheitsrisiko**

Journalismus ist zum Sicherheitsrisiko geworden. Das ist mit dem Selbstverständnis eines demokratischen Rechtsstaates nicht mehr zu vereinbaren. Um ihn zu verteidigen und um seiner selbst willen nicht vor der Macht zu kapitulieren, kommt es jetzt darauf an, dass Journalisten sich nicht einschüchtern lassen und in ihrem Engagement von der Zivilgesellschaft unterstützt werden.

Journalismus ist zum Sicherheitsrisiko geworden. Das ist mit dem Selbstverständnis eines demokratischen Rechtsstaates nicht mehr zu vereinbaren. Um ihn zu verteidigen und um seiner selbst willen nicht vor der Macht zu kapitulieren, kommt es jetzt darauf an, dass Journalisten sich nicht einschüchtern lassen und in ihrem Engagement von der Zivilgesellschaft unterstützt werden.